

01 Schule und Industrie vernetzen – praxisnahe Projekte ab der Oberstufe

Forderung:

Das Jugendparlament SG AI AR lädt die Kantonsparlamente und Regierungen der Kantone St.Gallen, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden ein, ab der 1. Oberstufe vermehrt Projekte in Zusammenarbeit mit der Industrie (z.B. mit potenziellen Lehrbetrieben) durchzuführen. Diese Projekte sollen verschiedene Themenbereiche aus den Bedarfsfeldern der Industrie (insbesondere neue Technologien) abdecken und durch Expertinnen und Experten aus dem jeweiligen Fachgebiet geleitet werden. Die Schülerinnen und Schüler können je nach Interesse ein Projekt auswählen. Den Lernenden soll durch diese Projekte keine zusätzliche Belastung entstehen (z.B. durch zusätzliche Lektionen). Stattdessen soll für die Durchführung eine besondere Unterrichtswoche eingeführt werden.

Begründung:

Mit dieser Forderung möchte das Jugendparlament SG AI AR sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler bereits während der obligatorischen Schulzeit einen praxisnahen Einblick in die Arbeitswelt erhalten. Der gegenwärtige Schulbetrieb ist von der aktuellen und insbesondere von der zukünftigen Arbeitsrealität in vielen Bereichen zu weit entfernt. Durch die rasante Entwicklung neuer Technologien – allen voran der Künstlichen Intelligenz – verändert sich die Arbeitswelt grundlegend, während die Volksschule diesen Wandel oft nur verzögert nachvollziehen kann.

Lehrpersonen sind in spezifischen technologischen Themenfeldern teilweise nicht in der Lage, aktuelle Inhalte praxisnah zu vermitteln. Genau hier sollen Expertinnen und Experten aus der Praxis die Lehrpersonen sinnvoll ergänzen: Sie bringen aktuelles Fachwissen, konkrete Anwendungsbeispiele und Einblicke in reale Arbeitsabläufe ein – Inhalte, die sich im klassischen Unterricht kaum abbilden lassen. Unter «Industrie» sind dabei Unternehmen zu verstehen, die als Vernetzungspartnerinnen auftreten – nicht ausschliesslich Produktionsbetriebe.

Entscheidend ist, dass die Praxisnähe direkt aus der Wirtschaft kommt. Während Lehrpläne und schulische Lehrmittel zwangsläufig in mehrjährigen Zyklen überarbeitet werden, entwickeln sich technologische Felder innerhalb weniger Monate substanziell weiter. Diese Geschwindigkeitsdifferenz lässt sich strukturell durch das Schulsystem allein nicht auffangen. Unternehmen hingegen, die täglich mit neuen Technologien arbeiten, verfügen über aktuelles Anwendungswissen und können Inhalte vermitteln, die den effektiven Stand der Praxis widerspiegeln. Nur dieser direkte Zugang stellt sicher, dass Schülerinnen und Schüler mit relevanten und tatsächlich aktuellen Themen in Berührung kommen und nicht mit Inhalten, die zum Zeitpunkt ihres Berufseinstiegs bereits überholt sind. Damit verbessert sich nicht nur die Qualität der Berufsorientierung, sondern auch die langfristige Anschlussfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen an die tatsächlichen Anforderungen des Arbeitsmarktes.

Indem die Schülerinnen und Schüler je nach Interesse ein Projekt auswählen können, wird ihre intrinsische Motivation gestärkt und gleichzeitig eine erste vertiefte Auseinandersetzung mit

möglichen Berufsfeldern ermöglicht. Dies trägt nicht nur zur Berufsorientierung bei, sondern wirkt auch der Problematik entgegen, dass viele junge Menschen beim Berufseinstieg Schwierigkeiten haben, weil ihnen der praktische Bezug zur Arbeitswelt fehlt. Gerade die Volksschule – die letzte Bildungsstufe vor dem Eintritt in eine Lehre, ein Praktikum oder eine weiterführende Ausbildung – ist der ideale Ort, um diese Lücke zu schliessen.

Wichtig ist dabei, dass für die Lernenden keine zusätzliche zeitliche oder inhaltliche Belastung entsteht. Die Durchführung in einer dafür reservierten Sonderwoche ermöglicht eine intensive und fokussierte Auseinandersetzung mit dem gewählten Thema, ohne den regulären Stundenplan zu überfrachten. Solche Projektwochen haben sich an verschiedenen Schulen bereits bewährt und lassen sich in den bestehenden Lehrplan integrieren. Die Volksschule behält weiterhin den Auftrag, die für solche Projekte nötigen Grundkompetenzen wie kritisches Denken, vernetztes Denken, Zusammenarbeit, Kreativität und grundlegende IT-Fähigkeiten stufengerecht zu vermitteln.

Zugleich erhalten die Kantone mit dieser Forderung den Auftrag, die Vernetzung zwischen Schule und Wirtschaft aktiv zu fördern. Lehrbetrieben und der lokalen Industrie wird ein attraktiver, frühzeitiger Zugang zu künftigen Lernenden ermöglicht – ein unmittelbarer Mehrwert angesichts des Fachkräftemangels, insbesondere in technologienahen Berufen. Die Forderung schafft damit einen Rahmen, von dem alle Beteiligten profitieren: Lernende, Schulen, Wirtschaft und letztlich die gesamte Gesellschaft.

Zum Entstehungsprozess:

An der 53. Jugendsession beschäftigte sich eine Gruppe Jugendlicher im Workshop «Menschliche Intelligenz vs. Künstliche Intelligenz: Wer arbeitet morgen?» vertieft mit der Frage, wie sich die Volksschule auf die durch Künstliche Intelligenz und neue Technologien geprägte Arbeitswelt von morgen einstellen sollte.

Die Teilnehmenden identifizierten bestehende Lücken zwischen Schulbildung und aktueller Arbeitsrealität. Insbesondere stellten sie fest, dass praxisnahe Erfahrungen mit neuen Technologien im regulären Unterricht oft fehlen und Lehrpersonen in diesen Bereichen teilweise an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stossen. Auf dieser Grundlage formulierten sie eine Forderung, welche eine engere Zusammenarbeit zwischen Volksschule und Industrie ab der 1. Oberstufe vorsah.

Diese Forderung wurde anschliessend dem Plenum der Jugendsession präsentiert. Mehrere Änderungsanträge wurden eingebracht und diskutiert:

- Ein erster Änderungsantrag sah vor, die Projekte beizubehalten und so auszugestalten, dass Lehrpersonen Grundanforderungen definieren und die Schülerinnen und Schüler innerhalb dieses Rahmens eigene Schwerpunkte nach Interesse wählen können. Der Antrag wurde mit 23 Ja- zu 22 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.
- Ein zweiter Änderungsantrag forderte, dass die Projekte praxisnah und nicht parallel, sondern nacheinander im Rahmen einer dafür eingeführten Sonderwoche durchgeführt werden. Der Antrag wurde mit 32 Ja- zu 18 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.
- ➔ Da sich die beiden angenommenen Änderungsanträge in der konkreten Umsetzung teilweise gegenseitig ausschlossen, kam es zu einer Gegenüberstellung. Das Plenum entschied sich mit 33 zu 17 Stimmen bei 5 Enthaltungen für die Variante des zweiten Änderungsantrags (Sonderwoche).
- Ein dritter Änderungsantrag sah vor, das Anliegen über zwei zusätzliche Lektionen pro Woche statt über eine Sonderwoche umzusetzen. In der Diskussion überwogen die Bedenken, dass zusätzliche Lektionen den Stundenplan überlasten und einer fokussierten Projektarbeit nicht gerecht würden. Der Antrag wurde mit 8 Ja- zu 45 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen klar abgelehnt.

In der Schlussdiskussion wurden insbesondere die Reichweite einer einzigen Projektwoche pro Jahr sowie die Koordination einer freien Betriebswahl thematisiert. Die finale Forderung wurde schliesslich mit 27 Ja- zu 24 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Damit erhielt der Vorstand des Jugendparlaments den Auftrag, diese Forderung bei den Kantonen einzureichen.